

# Hochwasserdiallog ohne greifbare Ergebnisse

## Argumente gesammelt und gegliedert: Dissens in 80 Prozent der Fragen – Stand der Polderplanung

Landkreis. „Der Dialog läuft sehr gut, die Moderatoren verdienen Lob – trotzdem habe ich kein gutes Gefühl dabei.“ Dieses Fazit zog der Barbinger Bürgermeister Hans Thiel bei einer Pressekonferenz am Montagnachmittag im kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes. Anlass war eine Zwischenbilanz des so genannten Hochwasserdialloges, den die Staatsregierung den Bürgern im Februar 2015 angeboten hatte, damit die ihre Wünsche und Ängste bezüglich des geplanten Polderbaues in Wörthhof und Eltheim formulieren und gegebenenfalls Vorschläge in die Planungen einarbeiten lassen können.

Thiel meinte weiter, dass dieser Dialog eigentlich schon seit zehn Jahren geführt werde und er nur hoffe, dass „alles beachtet wird und die Arbeit nicht umsonst war.“ Die Arbeit, das sind über 50 Gesprächstermine seit Februar 2015, rechnete der Chef des Wasserwirtschaftsamtes Regensburg, Josef Feuchtgruber, vor. Eine Riesensumme an Zeit, Arbeit und Nerven sei von beiden Seiten, der Wasserwirtschaft und den Poldergegnern, investiert worden, sagte Feuchtgruber, der vor allem der Gegenseite Respekt für dieses ehrenamtliche Engagement bezeugte, wohingegen er und seine Leute „immerhin dafür bezahlt“ würden.

„Es ist nichts entschieden worden“

Der Sprecher der Interessengemeinschaft gegen Flutpolder, Markus Hörner, attestierte den am Dialog Beteiligten ebenfalls großes Engagement, zog aber den Schluss, dass „weder etwas entschieden noch das Rad neu erfunden“ worden sei. In dem über 50-seitigen Positionspapier hätten die den Dialog moderierenden Planungsbüros Tatwort Nachhaltige Projekte GmbH und PlanSinn GmbH zwar die



Sie stellten das Zwischenergebnis des Hochwasserdialloges vor (von links): Harald Hillebrand, Flutpolderbeauftragter des Landkreises, Josef Feuchtgruber, Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Regensburg, Markus Hörner, Sprecher der IG gegen Flutpolder, Barbings Bürgermeister Hans Thiel und Ingenieur Heinrich Fischer vom Wasserwirtschaftsamt. (Foto: mox)

Standpunkte der Dialoggruppen übersichtlich „gesammelt und gegliedert“, räumte Hörner ein. Im Großen und Ganzen sei aber bei „gut 80 Prozent“ der Fragen vor allem Dissens darüber übrig geblieben, wie sie zu lösen seien. Man müsse nun erst die fachlichen Untersuchungen wie etwa das Grundwassermodell abwarten, um zu klären, wer im Detail recht habe.

Diese Untersuchungsergebnisse kündigte Feuchtgruber für das kommende Jahr an. Ein Ingenieurbüro erstelle gerade eine Kosten-Nutzen-Analyse mit einer ersten groben Kostenschätzung, die für Frühjahr 2017 erwartet werde. Das gesamte Untersuchungsergebnis, in

dem es vor allem um die möglichen Auswirkungen der gefluteten Polderflächen auf die fragile Grundwassersituation zwischen Regensburg und Rain geht (das untersuchte Gebiet entspricht etwa dem Zehnfachen der Größe der beiden Polderflächen Eltheim und Wörthhof).

Die erste Aussage des Gutachtens, die Feuchtgruber im April erwartet, solle zeigen, ob der Donauausbau Auswirkungen auf die Grundwassersituation habe. Ob sich also im Wesentlichen bestätige, was der Berater des Landkreises, Wasserbauprofessor Andreas Malcherek, behauptet. Nach dessen Dafürhalten wirken sich Undichtig-

keiten bei der Abspundung der Donau direkt auf den Grundwasserspiegel aus, was so nicht sein dürfe. Sollten Undichtigkeiten als Auswirkungen des Donauausbaues bestätigt werden, sei es ab dann Sache des Wasser- und Schifffahrtsamtes, sich um das Problem zu kümmern, so Feuchtgruber.

**Es darf keine Verschlechterung geben**

Nach wie vor lautet die Kernaussage der Staatsregierung, die sich auch in dem vorgestellten Frage-Antwort-Katalog findet, dass es keine Verschlechterung der Grundwassersituation in dem betroffenen

Gebiet geben dürfe. Sollte das Grundwassermodell dieses Ergebnis bringen und die Schäden technisch (oder aus Kostengründen) nicht zu beheben sein, würden die Polder nicht gebaut werden. Wörtlich heißt es: „Eine nicht ausgleichbare Verschlechterung der Grundwassersituation in bebauten Gebieten darf nicht die Folge eines Flutpolders sein. In diesem Fall wird der Polder nicht gebaut.“

Der Beauftragte für Flutpolder im Landratsamt, Harald Hillebrand, der das Pressegespräch moderierte, forderte, die Berechnungen von Professor Malcherek mit den Ergebnissen des Grundwassermodells abzugleichen. Er wünsche sich außerdem, dass Umweltministerin Ulrike Scharf die Einladung von Landrätin Tanja Schweiger wahrnehmen möge, um sich vor Ort über die Situation zu informieren. Vorher aber stehe ein Termin mit der Ministerin im Januar oder Februar in München an, bei dem ihr diese Zwischenbilanz des Hochwasserdialloges überreicht werden soll, sagte Feuchtgruber.

Rechnet man alles zusammen, was am Montag gesagt wurde, wird sich also bestenfalls ab April nächsten Jahres etwas in der Sache bewegen, vielleicht auch erst am Jahresende, wenn das bayernweite Gesamtergebnis des Grundwassermodells vorliegt. Dann werde auch entschieden, ob man das Raumordnungsverfahren einleiten werde oder nicht. Parallel dazu werde der Hochwasserdiallog weitergehen, kündigte Feuchtgruber an. -mox-

### KOMMENTAR

#### Zermürbende Strategie

Seit fast zwei Jahren haben sich im Rahmen des so genannten Hochwasserdialloges Hunderte von Betroffenen mit Fachleuten in über 50 Sitzungen getroffen, um theoretisch auszuloten, ob und wenn ja welche Auswirkungen die geplanten Flutpolder insbesondere auf die Grundwassersituation in Wörthhof und Eltheim haben werden.

Seit September läuft nun eine Untersuchung, das sogenannte Grundwassermodell, das entlang der gesamten bayerischen Donau eruieren soll, ob und wenn ja wie sich geflutete Polder praktisch auf die Grundwassersituation auswirken könnten. Anstatt die Ergebnisse dieser Untersuchungen abzuwarten und dann den Dialog darüber zu führen, was zu tun sei, werden die Nerven der betroffenen ehrenamtlich engagierten Bürger, die, anders als die Fachleute, für den immensen Zeit- und Arbeitsaufwand nicht bezahlt werden, aufs Höchste strapaziert.

Man kann nur hoffen, dass die Ergebnisse der Untersuchungen wirklich schon im Frühjahr, spätestens aber zum Jahresende 2017 vorliegen, wie es Josef Feuchtgruber, der Chef des Wasserwirtschaftsamtes Regensburg, angekündigt hat. Ansonsten könnte sich der von der Staatsregierung initiierte Hochwasserdiallog als Zermürbungsmaschinerie ersten Ranges erweisen, die vor allem dazu geführt haben wird, dass, wenn es am Ende darauf ankommt, keiner der Betroffenen mehr den Nerv hat, sich weiter zu engagieren.

Das wäre dann allerdings, zumindest aus staatlicher Sicht, auch ein Erfolg.

Thomas Hossfeld